

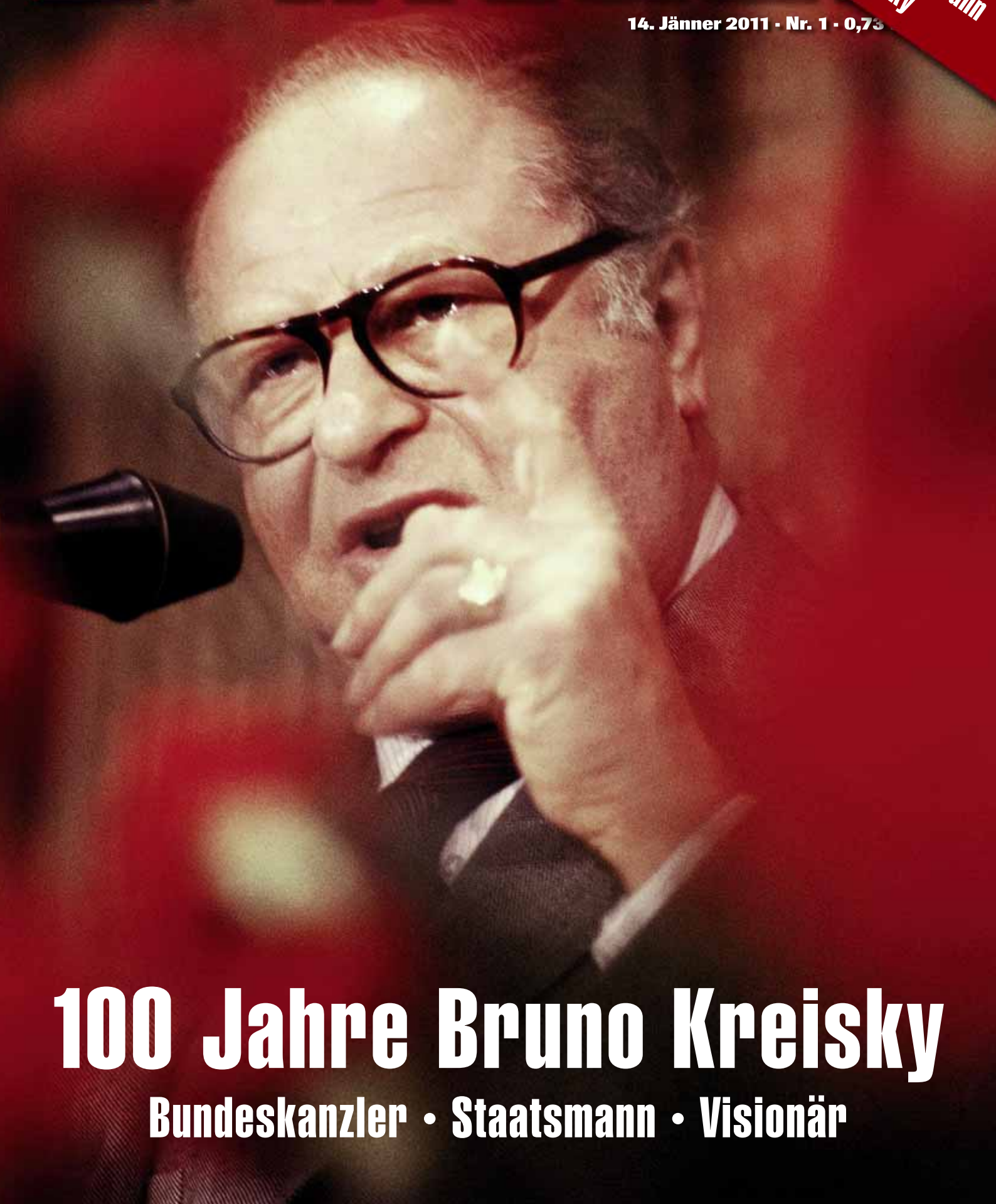
Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

14. Jänner 2011 • Nr. 1 • 0,73 €

Kommentar von
Bundeskanzler Werner Faymann
über Bruno Kreisky



100 Jahre Bruno Kreisky

Bundeskanzler • Staatsmann • Visionär

INTERN

Am 22. Jänner 1911 wurde Bruno Kreisky in Wien geboren. Der Sohn einer großbürgerlichen Familie wurde Sozialdemokrat und eine der bedeutendsten Persönlichkeiten Österreichs. Noch heute genießt Kreisky ungebrochene Wertschätzung – weit über Partei- und Landesgrenzen hinweg. Nach einer aktuellen Umfrage bezeichnen ihn 59 Prozent der Befragten als den besten Kanzler Österreichs. Zum Vergleich: Weit abgeschlagen mit lediglich 27 Prozent kommt an zweiter Stelle der Wiederaufbaukanzler Leopold Figl.

„SPÖ Aktuell“ hat den Schwerpunkt des ersten Hefts 2011 dem großen Visionär und Reformers gewidmet, der Österreich von Grund auf modernisierte. Ob Schulen und Universitäten, ob Arbeitsmarkt, Justiz, Soziales, Kultur, Wohnen, Frauen- oder Außenpolitik, jeder Bereich von politischer Relevanz wurde in den Zeiten der absoluten SPÖ-Mehrheit von Kreisky und seinem Team einer Reflexion unterzogen und ein Erneuerungsprozess eingeleitet, der bis heute prägend ist.

In einem Kommentar würdigt SPÖ-Bundesparteivorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann die Leistungen des großen Sozialdemokraten und beleuchtet, dass Bruno Kreisky in vielen Punkten heute aktueller denn je ist.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Die Ära Kreisky	4
Kommentar von Bundeskanzler Werner Faymann zu Bruno Kreisky ...	8
Neue Mittelschule	9
Termine zum Kreisky-Jahr	14



Apotheken-Notruf rund um die Uhr

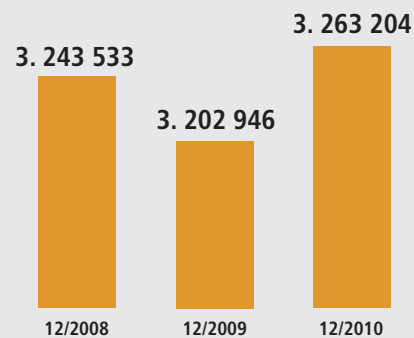
Seit 1. Jänner 2011 bieten die Apotheken in Österreich eine neue Notrufnummer an: Unter der Kurznummer 1455 erhält jeder Anrufer Auskunft über die nächste dienstbereite Apotheke oder Informationen über Medikamente. Der Apotheken-Notruf ist täglich rund um die Uhr erreichbar. „Ich bin sehr froh, dass sich die Apotheker bereit erklärt haben, dieses Auskunftsservice anzubieten. Dadurch kann die Arzneimittelinformation für Blinde und Sehbehinderte verbessert werden“, sagt Gesundheitsminister Alois Stöger. ♦

Zitat der Woche

„Ich bin alt, viel älter, als manche glauben, und sechzig von den hundert Jahren, die es die SPÖ gibt, bin ich dabei gewesen. Solange ich lebe, werde ich die Ideale nicht vergessen, unter denen ich angetreten bin. Tut ihr das auch nicht.“

Bruno Kreisky

Dezember bringt Beschäftigtenrekord



Quelle: bmask | Grafik: SPÖ

2010 endet mit Beschäftigungsrekord

Das Jahr 2010 ging mit erfreulichen Nachrichten aus dem Arbeitsmarkt zu Ende: Sinkende Arbeitslosigkeit, ein Rückgang der Schulungen und ein neuer Rekord für den Monat Dezember mit 3.263.204 aktiv Beschäftigten. Im Vergleich zu 2008 sind um 19.671 Menschen mehr in Beschäftigung, im Vergleich zum Vorjahr sind es sogar 60.258. Mit 302.279 vorgemerkten Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Dezember 2009 um 3,4 Prozent gesunken. „Die Arbeitsmarktdaten für den Monat Dezember beweisen einmal mehr, dass die SPÖ-geführte Regierung mit Bundeskanzler Werner Faymann und Sozialminister Rudolf Hundstorfer rasch und richtig auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise reagiert hat. Auch der europäische Vergleich gibt unserer Politik mit sozialdemokratischer Handschrift recht: Mit 4,8 Prozent zählt Österreich auch weiterhin zu den Europameistern im Kampf gegen Arbeitslosigkeit“, stellt SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits erfreut fest. ♦

Fortbestand des Kreisky-Archivs politisch vereinbart

Für die SPÖ kommt ein Aus des Kreisky-Archivs nicht in Frage.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter stellt zu Gerüchten der Streichung der Basisförderung für das „Bruno-Kreisky-Archiv“ fest: Mit Bundesministerin Beatrix Karl, ihrem Kabinettschef sowie der zuständigen Sektionschefin wurde bereits im Dezember 2010 seitens SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und SPÖ-Klubobmann Josef Cap grundsätzlich vereinbart, dass das Kreisky-Archiv weiterbestehen wird. Es wird zu einer Vernetzung al-

ler außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit Archivierungscharakter kommen, um bestmögliche wissenschaftliche Forschungsarbeit zu fördern. Das Kreisky-Archiv beherbergt 1.850 Boxen mit Millionen von Seiten mit Bild und Text über das Wirken Kreiskys. ♦

SPÖ-Bundesgeschäftsführer und NRBg. Günther Kräuter setzt sich für den Fortbestand des Kreisky-Archivs ein.



SPÖ



Neujahrsvorsätze und wie man sie verwirklicht

2011 ist noch jung. Und doch ist jetzt schon klar, dass Bundeskanzler Werner Faymann mit seiner Ansage ernst macht: 2011 wird das Jahr der Reformen. Statt kleinkariertem Hick-Hack gemeinsam die großen Brocken angehen.

„Wir müssen öffentlich Druck machen, um Reformen umsetzen zu können. Damit Neujahrsvorsätze nicht nur Absicht bleiben, sondern Wirklichkeit werden.“

Neujahrsvorsätze haben meistens persönliche Ziele wie „mehr Sport“, „Schluss mit Rauchen!“ oder „gesünder Essen“ zum Inhalt. Aber auch die Politik kann ein neues Jahr zum Anlass für neue Weichenstellungen nehmen. 2011 soll das Jahr der Reformen werden. Und der Bundeskanzler hat gezeigt, dass er damit keinen Tag zuwarten will. Das fertige Konzept für ein Freiwilliges Soziales Jahr als Alternative zum Zivildienst, das die SPÖ bei ihrer Präsidiumssitzung präsentiert hat, ist ein sichtbares Zeichen, dass wir das Reformtempo erhöhen werden. Weitere Beispiele: Bildungsministerin Claudia Schmied hat ihre Vorhaben im Bildungsbereich auf den Tisch gelegt. Sie wird 2011 die Neue Mittelschule ausweiten und für mehr Ganztagschulplätze sorgen. Sozialminister Rudi Hundstorfer wird in enger Abstimmung mit den Ländern einen Pflegefonds schaffen.

Funktionieren wird das in einer Koalition freilich nur, wenn sich die Regierungsparteien nicht in kleinkarierten Streitereien verheddern, sondern es auf beiden Seiten die echte Bereitschaft gibt, gemeinsam etwas weiterzubringen. Wissend, dass kein Koalitionspartner seine Maximalforderungen durchsetzen kann.

Das heißt nicht, dass man politische und ideologische Differenzen kleinredet oder ausblendet. Nicht jede politische Diskussion innerhalb der Regierung ist „Koali-

tions-Hick-Hack“. Nicht jedes Suchen nach einem Konsens, das manchmal seine Zeit brauchen kann, ist problematisch. Die Frage ist, wie man solche Konflikte löst, damit nicht Stillstand das Ergebnis ist, sondern jene Reformen gelingen, über deren Notwendigkeit eigentlich Konsens herrscht.

Beispiel Bildung: Nicht erst seit dem jüngsten katastrophalen PISA-Test weisen praktisch alle Bildungsexperten auf die Notwendigkeit hin, unser Bildungssystem für das 21. Jahrhundert fit zu machen. Die SPÖ drängt seit langem auf Reformen und auch in der ÖVP greift die Überzeugung Platz, dass der Status quo in unseren Schulen nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Jahrzehnte hat die ÖVP Veränderungen blockiert, jetzt beginnt sie endlich, ideologischen Ballast abzuwerfen – ein wichtiger Schritt in Richtung Konsens bei der Schulreform, die ein Schwerpunkt im Jahr 2011 sein wird. Der Ausbau der Neuen Mittelschule und 80.000 neue Ganztagschul-

plätze sind noch nicht das Ziel, aber ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Es ist ein schönes Symbol, wenn gerade das Kreisky-Jubiläumsjahr zum Jahr der Reformen wird. Kreisky war der klassische Reformier, der immer auch das Ziel hatte, den Menschen seine Politik verständlich zu machen. Und die Herausforderungen für die Politik sind heute sicher nicht kleiner als in den siebziger Jahren. Im Unterschied zu damals regiert die SPÖ aber nicht mehr mit absoluter Mehrheit, sondern in einer Koalition. Heute ist Österreich Mitglied der EU. Heute gibt es andere Herausforderungen und andere Rahmenbedingungen. Was gleich geblieben ist, ist die Vorbildwirkung von Kreiskys Reformpolitik: Politik hat Gestaltungskraft, die sie nutzen muss. Deshalb gilt heute noch mehr: Wir müssen öffentlich Druck machen, um Reformen umsetzen zu können. Damit Neujahrsvorsätze nicht nur Absicht bleiben, sondern Wirklichkeit werden. ♦



Fotolia

2011 soll das Jahr der Reformen werden. Und der Bundeskanzler hat gezeigt, dass er damit keinen Tag zuwarten will.

Die Ära Kreisky

Bruno Kreisky war zweifellos die politische Persönlichkeit, die Österreich in der Zweiten Republik mehr prägte als jede andere. Der Geburtstag des großen sozialdemokratischen Visionärs und Gestalters jährt sich dieser Tage zum 100. Mal.

Wäre es nach den Prognosen der Meinungsforscher gegangen, hätte der Sieger am Wahlabend des 1. März 1970 nicht Bruno Kreisky geheißen. Alles schien für die Wiederwahl des ÖVP-Kanzlers zu sprechen. Aber 48,39 Prozent votierten für die bisherige Oppositionspartei, das bedeutete 81 Sitze für die SPÖ im Hohen Haus. Die regierende Volkspartei unter Josef Klaus sank auf 44,7 Prozent – nur noch 79 Mandate. Die FPÖ war nun das Zünglein an der Waage – und wurde von Kreisky nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der ÖVP als Steigbügelhalter genutzt. Denn nach einer von der FPÖ geduldeten Minderheitsregierung gab es 1971 vorgezogene Neuwahlen, die der SPÖ die absolute Mehrheit eintrugen. Diese politische Wende sollte Österreich mehr verändern als das je zuvor in der Zweiten Republik der Fall war.

„Die ‚Ära Kreisky‘ geht in die Entwicklungsgeschichte des 20. Jahrhunderts als jene Phase ein, die die österreichische Gesellschaft am nachdrücklichsten und nachhaltig gesellschafts-reformerisch prägte.“

Emmerich Talos, Politologe

Bruno Kreisky konnte auf Vorarbeiten der Oppositionsjahre aufbauen. Bis zum historischen Wahlsieg 1970 zog der neue Bundespartei vorsitzende eine grundlegende Erneuerung des Parteiprogramms und eine Öffnung der Partei gegenüber neuen Wählerschichten durch. Dieser Weg wurde nun im großen Stil fortgesetzt. „Besser wohnen, besser leben, bessere Bildung, besseres Gesundheitswesen, bessere Ju-

stiz“, war Kreiskys Ziel, für das mit einer Vielzahl an Experten Programme entwickelt wurden. Intellektuellen, kritischen Denkern, durchaus auch jenen, die der SPÖ skeptisch gegenüberstanden, bot er an, „ein Stück des Weges“ mit ihm zu gehen. Der Modernisierungsschub, der von Bruno Kreisky initiiert wurde, prägt Österreich bis heute.

Deficit spending statt Arbeitslosigkeit

„Ein paar Milliarden mehr Schulden bereiten mir weniger schlaflose Nächte als hunderttausend Arbeitslose.“ Dieser berühmte Ausspruch Bruno Kreiskys war auch der zentrale Grundsatz der Wirtschaftspolitik, geprägt vom sogenannten Austro-Keynesianismus, der eine antizyklische Strategie und Deficit spending beinhaltet. Die Überschuss-Budgets von 1970 bis 1974 wurden für die Konjunktur- und Modernisierungspolitik eingesetzt. Ab Mitte der siebziger Jahre und der dem ersten Ölpreisschock folgenden Rezession wurden Defizite eingeplant: Durch staatlich vergebene Aufträge, hauptsächlich in die Infrastruktur, sollte verstärkt Nachfrage erzeugt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Die Rechnung ging auf. Die Ära Kreisky wurde geradezu zu einem Synonym für Vollbeschäftigung.

Mit Adaptierungen (Steuerentlastungen zur Stärkung der Kaufkraft) und Unterbrechungen (Schwarz-Blau-Orange) greift die Budgetpolitik Österreichs bis heute auf antizyklisches Vorgehen und Deficit spending zurück. Mit deutlich belegbarem Erfolg: Die Arbeitslosenrate ist bis dato im Vergleich zu den anderen europäischen OECD-Ländern äußerst niedrig.

Sozialpolitik als Kritik an der Gesellschaftsordnung

Kreiskys Vollbeschäftigungs-Politik führte dazu, dass erstmals eine breite und stabile Mittelschicht in Österreich heranwuchs.

„Bruno Kreisky war ein Jahrhundertpolitiker, der mit seiner Reformpolitik und seiner Weltoffenheit Österreich von Grund auf verändert und modernisiert hat.“

Brigitte Ederer, Europaverantwortliche Siemens AG, München

In seiner zweiten Regierungserklärung – nach dem Erringen der absoluten Mehrheit 1971 – sprach er von einem „Staat der Wohlfahrt für alle“. Ergebnis dieser Bemühungen war neben der Einführung der Gesundheitsvorsorge und dem 1974 beschlossenen Entgeltfortzahlungsgesetz auch der Übergang von veralteten Fürsorgebestimmungen zu einem neuen System der Sozialhilfe. In den Jahren 1973 bis 1975 wurden in allen neun Bundesländern Sozi-



Bruno Kreisky legte Wert darauf, für jeden Bürger da zu sein.

Stiftung Bruno Kreisky Archiv

August

Enthaltung mit der Auflage, das Land zu verlassen

15. März

Kreisky wird in Schutzhaft genommen

21. September

Kreisky emigriert nach Schweden



Stiftung Bruno Kreisky Archiv

In Schweden lernt Kreisky Willy Brandt kennen, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verbindet

23. April

Heirat mit der Industriellentochter Vera Fürth

8. Mai

Geburt des Sohnes Peter

Februar

Kreisky wird zum österreichischen Interessensvertreter in Schweden bestellt

14. April

Geburt der Tochter Suzanne

2. Jänner

Kreisky kehrt nach Österreich zurück

1938

1940

1942

1944

1947

1948

1951

alihilfegesetze beschlossen. Der Versuch ein bundeseinheitliches Gesetz zu schaffen, scheiterte damals an der verfassungsrechtlichen Kompetenzlage und dem Widerstand der Bundesländer. Erst 35 Jahre später ist es der Sozialdemokratie und Bundeskanzler Werner Faymann gelungen, die ÖVP von der Notwendigkeit eines bundesweit einheitlichen Mindestniveaus im Kampf gegen Armut zu überzeugen. Der sozialpolitische Meilenstein Bedarforientierte Mindestsicherung ist nun mit Jänner 2011 in allen neun Bundesländern in Kraft getreten.

Gleicher Zugang zur Bildung für alle

Die Bildungspolitik wurde zu einer wahren Reformlokomotive, die bis heute positiv

„Er hat die Menschen gern gehabt, das haben sie gespürt. Er hatte ein offenes Ohr für Anliegen, war in der Früh schon in seiner Privatwohnung telefonisch erreichbar für jedermann.“

Margit Schmidt, Generalsekretärin Kreisky Forum und Kreiskys Mitarbeiterin von 1965 bis zu seinem Tod

nachwirkt. Meilensteine wie die Abschaffung der Studiengebühren, die Schülerfreifahrt, die Gratis-Schulbücher, die Abschaffung der AHS-Aufnahmeprüfung, das große Schulbauprogramm oder die Einführung eines modernen demokratischen Uni-

INFO

„SPÖ Aktuell“ wird in den nächsten Ausgaben in lockerer Folge in Form einer Serie jeweils einen Schwerpunkt der Ära Kreisky beleuchten.

Im Zusammenhang mit dem 100. Geburtstag Kreiskys findet eine Fülle an Veranstaltungen statt.

Auch eine eigens erstellte Homepage (www.kreisky100.at) widmet sich dem Wirken und der Person Bruno Kreiskys (beides siehe S. 14).



Der „Medienkanzler“ Bruno Kreisky schätzte das Gespräch mit den Journalisten.

versitätsgesetzes haben ganzen Generationen den Weg zu mehr und besserer Bildung geöffnet. Alle Maßnahmen dienten einem Ziel: Chancengerechte Bildung für möglichst alle Menschen – unabhängig von Einkommen und Herkunft. Durch die Einführung der Schulversuche wurde in der Ära Kreisky auch der Weg zur gemeinsamen Schule ermöglicht. Heute gibt es das Erfolgsmodell Neue Mittelschule – ein wichtiger Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen – bereits an 320 Schulstandorten.

Engagement für Frieden und Stabilität

Der Tatsache, dass Kreisky ein begnadeter und engagierter Außenpolitiker war, ist es zu verdanken, dass das kleine Österreich in der Weltpolitik eine anerkannte Rolle spielte. In vielen Staaten, wie etwa im arabischen Raum, ist das Ansehen Österreichs auf das Engagement Kreiskys zurückzuführen. Seine Bemühungen um eine echte Friedensordnung für den Nahen Osten entspringen der Erkenntnis, dass der Konflikt rund um Israel auch Stabilität und Frieden in Europa und in der ganzen Welt gefährdet. Die Folgen des Yom Kippur-Krieges 1973 bestätigten seine Einschätzung: Die Welt hatte mit dem Ölschock zu kämpfen und mit einer gefährlichen Konfrontation zwischen USA und UdSSR – schließlich war der Kalte Krieg mit der Unterzeichnung der Verträge für SALT I-Abrüstungsverträge im Mai 1972 gerade erst zu Ende gegangen. Für die Entspannungspolitik entscheidende Verhandlungen zwischen West- und

Ost-Staaten liefen aber noch. Engagiert nahm Kreisky am KSZE(Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)-Prozess teil und gehörte 1975 zu den Mitunterzeichnern der Schlussakte von Helsinki. Kreiskys Anliegen im Nahost-Konflikt war es daher, den Dialog zwischen Führern der arabischen Welt und israelischen Staatsmännern zu vermitteln. Dies gelang ihm nicht zuletzt aufgrund einer offensiven Neutralitätspolitik, die ihm in Ost und West Glaubwürdigkeit verlieh. Seine Vernetzung in der internationalen Sozialdemokratie und seine freundschaftlichen Beziehungen zu Olaf Palme und Willy

„Kreisky haben die Probleme der Bürger interessiert. Sie haben ihn zu Hause angerufen und er hat die zuständigen Minister gebeten, Lösungen zu finden oder zu erklären, warum etwas nicht wunschgemäß erledigt werden kann.“

Erwin Lanc, Innenminister im Kabinett Kreisky

Brandt sowie eine aktive Nachbarschafts- und Friedenspolitik, der Nord-Süd-Dialog, sein Engagement für die Autonomie Südtirols und sein Streben nach einer europäischen Integration sind weitere Kennzeichen seiner Außenpolitik.

Justizpolitische Jahrhundertreformen

Vor der Familienrechtsreform, dem zivilrechtlichen Großprojekt der 1970er Jahre, galt ein Familienrecht, das auf das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch des Jahres 1811 zurückgeht. Vor vier Jahrzehnten war noch gesetzliche Realität, was heute kaum mehr vorstellbar ist: Der Mann war das „Haupt der Familie“ und Frau und Kinder waren seinem Führungsanspruch unterstellt. Uneheliche Kinder waren gegenüber ehelichen beim Unterhalt und Erbrecht stark benachteiligt.

Das alte Strafrecht wurzelte sogar im Jahr 1803. Auch hier war eine Reform drin-

22. Juni
Kreisky wird Vizekabinettsdirektor von Bundespräsident Theodor Körner

2. April
Kreisky wird Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten

12. – 15. April
Kreisky wirkt maßgeblich an den Staatsvertragsverhandlungen in Moskau mit



1. Februar
Kreisky wird SPÖ-Vorsitzender (Foto – Kreisky und Pittermann beim SPÖ-Parteitag)

16. Juli
Kreisky wird Außenminister



1951

1953

1955

1959

1967

BRUNO KREISKY 1911 - 1990

Wer war Bruno Kreisky? Was hat ihn zu dem Ausnahmepolitiker gemacht, der Österreich wie kein anderer modernisiert hat? Welche Stationen prägten seine Person und sein politisches Wirken?

Bruno Kreisky, geboren am 22. 1. 1911 in Wien, wuchs im Spannungsfeld zwischen gut-situiertem bürgerlichen Haus jüdischer Herkunft und einer gesellschaftlichen Realität, die von Massenarbeitslosigkeit, Not und politischen Spannungen geprägt war, auf. Schon früh engagierte sich der junge Kreisky – für einen Mittelschüler ungewöhnlich – in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Prägend für seine politische Haltung waren die Ausschaltung des Parlaments im März 1933 und die blutige Niederschlagung des sozialdemokratischen Widerstands



Kreisky in privatem Kreise

Stiftung Bruno Kreisky Archiv

im Februar 1934. Kreisky wirkte daraufhin im illegalen Widerstand gegen das austrofaschistische Regime mit und wurde dafür in den „Sozialistenprozessen“ zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt. Seine mutige Verteidigungsrede wurde auch international beachtet, was ihm nach der Machtübernahme durch die Nazis und der damit erzwungenen Emigration zugute kam. Im lang-jährigen Exil in Schweden knüpfte Kreisky nicht nur für die österreichische Nachkriegsgeschichte wichtige Kontakte, sondern schärfte auch seine politischen

Vorstellungen. Neben Otto Bauer zählte daher die schwedische Variante eines sozialdemokratischen Reformismus zu den wichtigsten Einflüssen Kreiskys. Nach seiner Rückkehr nach Österreich 1951 beriet der mittlerweile verheiratete Vater zweier Kinder zunächst den Bundespräsidenten Theodor Körner, später ging er als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt. Als späterer Außenminister verschaffte er Österreich eine für seine Größe überdurchschnittliche internationale Bedeutung, die er als Bundeskanzler ab 1970 noch steigern konnte. Gelebter Internationalismus, die Nähe zum Menschen und ein beispielloses Gespür für gesellschaftliche Stimmungen begleiteten seine 13-jährige Amtszeit als Bundeskanzler. Bruno Kreisky verstarb am 29. Juli 1990. ♦

gend nötig. 1971 wurde die Ausübung der Homosexualität zwischen Erwachsenen entkriminalisiert. Dann kam der ganz große Wurf: Justizminister Christian Broda entwickelte ein neues Strafbuch, das 1975 in Kraft trat und bis heute Gültigkeit hat. Die SPÖ wollte dieses Reformwerk, das schließlich nur mit den Stimmen der SPÖ-Mandatare verabschiedet wurde, im Konsens mit den anderen Parteien beschließen. Dieses Vorhaben scheiterte an der im Strafbuch vorgesehenen Fristenlösung.

Die Institutionalisierung der Frauenpolitik

Auf Druck der SPÖ Frauen wurde die Fristenlösung, also die völlige Freigabe der Abtreibung innerhalb eines bestimmten Zeitraums, im neuen Strafbuch festgeschrieben – trotz anfänglich schwerer Bedenken Bruno Kreiskys. Ersah das mühsam herbeigeführte Gesprächsklima mit der katholischen Kirche gefährdet – die Beziehungen zwischen Kirche und SPÖ waren noch aus der Zwischenkriegszeit schwer belastet. Auch standen Wahlen ins Haus und es war nicht sicher, ob die Fristenlösung in der Bevölkerung eine Mehr-

heit findet. Schließlich aber setzten sich die SPÖ Frauen durch und Kreisky hielt den Bedenken der Bischofskonferenz entgegen, dass die Fristenlösung „gerechter, menschlicher und wirkungsvoller“ ist. Der Kampf um die Fristenlösung wurde zu einem Integrations- und Mobilisierungsfaktor der Frauenbewegung, die in den 70er Jahren aufblühte. Wesentliche frauenpolitische Errungenschaften wurden in der Ära Kreisky umgesetzt. Neben der Familienrechtsreform und der Fristenlösung ist hier etwa das Gleichbehandlungsgesetz zu nennen, wodurch die Unterscheidung zwischen Frauen- und Männerlöhnen in den Kollektivverträgen der Vergangenheit angehörten, ebenso die Unterhaltsbevorschussung für Kinder, deren Väter sich der Zahlung entziehen sowie die österreichweite Einrichtung von Frauenhäusern.

Immer bemüht, gesellschaftliche Strömungen zu erkennen und die politischen Schlüsse daraus zu ziehen, löste Kreisky 1979 mit der Bestellung Johanna Dohnals zur Staatssekretärin für Frauenfragen die Frauenpolitik aus dem Bereich der Familienpolitik heraus. All diese Reformen manifestierten die Institutionalisierung einer eigenständigen Frauenpolitik. ♦

„Im Mittelpunkt der Mensch‘ war für Bruno Kreisky keine leere Phrase, sondern überzeugend gelebte Politik.“

Wolfgang Petritsch, Leiter der ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD, von 1977 bis 1983 Sekretär Kreiskys



Stiftung Bruno Kreisky Archiv

Bruno Kreisky begrüßt John F. Kennedy in Wien.

21. April
Angelobung der SPÖ-Minderheitsregierung

4. November
Angelobung des Kabinetts Kreisky II.
(Foto: Kreisky auf dem Weg zur Angelobung)

10. Oktober
Die SPÖ erreicht die absolute Mehrheit im Nationalrat



Votava

1. August
Helmut Schmidt (BRD), Erich Honecker (DDR), Gerald Ford (USA) und Bruno Kreisky unterzeichnen in Helsinki die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)



picturedesk

26. – 28. November
13. Kongress der Sozialistischen Internationale. Willy Brandt wird zum Präsidenten gewählt, Kreisky zu seinem Vize

WERNER FAYMANN ÜBER BRUNO KREISKY

Soziale Gerechtigkeit war sein Leitbild

Das politische Wirken Bruno Kreiskys hat bis heute Bestand – für die Sozialdemokratie und für Österreich.

„Bruno Kreisky hat die soziale Gerechtigkeit genauso wie die soziale Sicherheit in allen politischen Bereichen zum Leitbild seiner Politik gemacht.“

Bruno Kreisky ist eine der herausragendsten politischen Persönlichkeiten der Zweiten Republik. Die Werte und Haltungen, die er damals so vehement vertreten hat, zum Beispiel die, wie wichtig Verteilungsgerechtigkeit für den Wohlstand und für eine Gesellschaft ist, all das ist heute aktueller denn je – gerade für meine Arbeit als Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender.

Er hat Österreich modern, europareif, weltoffen gemacht, ein fruchtbares Klima für Wissenschaft, Kunst und Kultur geschaffen. Bruno Kreisky hat die soziale Gerechtigkeit genauso wie die soziale Sicherheit in allen politischen Bereichen zum Leitbild seiner Politik gemacht. Er hat den Menschen in den Mittelpunkt seines Handelns gestellt, das zeigt zum Beispiel sein berühmt gewordener Ausspruch, wonach ihm einige Milliarden Schilling Staatsschulden weniger schlaflose Nächte bereiten würden als hunderttausende Arbeitslose.

Bruno Kreisky setzte sich als einer der ersten österreichischen Politiker international mit Gewicht und oft gehörter Stimme für eine aktive Friedens- und Entwicklungspolitik ein. Durch die aktive Neutralitätspolitik und sein politisches Wirken hat er Österreich einen selbstbewussten Platz in der Welt gegeben. Kreisky hat entscheidend mitgewirkt, dass der Staatsvertrag und die Neutralität zu den großen Fundamenten unserer staatlichen Identität geworden sind.

Sein Beitrag zur Beilegung des Nahost-Konflikts wurde damals in Ost und West viel beachtet und brachte Österreich hohes Ansehen ein. Eine hohe Reputation, die zahl-



„Der Mensch im Mittelpunkt“ – auf diesem Grundsatz fußte die Arbeit von Bundeskanzler Bruno Kreisky.

reiche Staats- und Regierungschefs noch heute in vielen Treffen und Gesprächen immer wieder hervorheben. Wien ist dank Kreisky zunehmend Ort der internationalen Begegnungen geworden und mit dem Bau der UNO-City hat er Wien als dritten Sitz der Vereinten Nationen etabliert. Ich war lange Mitglied der Stadtregierung und weiß, von dieser von ihm mitinitiierten Internationalität lebt Wien noch heute.

Ich will auch gar nicht verhehlen, dass Bruno Kreisky aus meiner Sicht auch Fehler gemacht hat. Ohne mich allzu sehr darüber verbreiten zu wollen, ich denke aber doch, dass zum Beispiel sein Konflikt mit Hannes Androsch, seinem Vizekanzler und Finanzminister bis 1981, besser vermieden werden hätte sollen. Aber zu den möglichen Gründen und Ursachen hat der Betroffene ohnehin selbst schon oft Stellung bezogen.

Ich werde oft gefragt, ob ich als Bundespolitiker in seine Fußstapfen treten will oder

ähnliches. Dazu kann ich nur sagen: Von Bruno Kreisky kann man sicher viel lernen. Ich habe ihn auch persönlich treffen dürfen und war von seinen Ansichten und Haltungen, aber auch von der Art, diese uns Jungen zu vermitteln, sehr beeindruckt. Aber jeder muss auf seinen eigenen Füßen im Jetzt und Heute stehen. Man kann auch andere Zeitgenossen Kreiskys nicht mit ihm vergleichen: Es hat nur einen Willy Brandt, nur einen Helmut Schmidt, nur einen Olaf Palme und eben auch nur einen Bruno Kreisky gegeben. Alle haben sie unter ganz spezifischen Bedingungen vor einem ganz bestimmten politischen Hintergrund gewirkt. Aber dabei will ich ganz klar festhalten: Das innen- wie außenpolitische Vermächtnis Bruno Kreiskys ist zeitlos. Seine Werthaltungen und Prinzipien sind heute Aufgabe, Verpflichtung und Herausforderung für unsere, aber auch für die künftigen politischen Generationen.

Stiftung Bruno Kreisky Archiv



Juli
Nahost-Friedensgesprächen mit Anwar al-Sadat und Shimon Peres in Wien

6. Mai
Nationalratswahl:
51 Prozent für die SPÖ

1978

1979

24. April
Verlust der absoluten Mehrheit (47,65 Prozent); Kreisky schlägt Fred Sinowatz als seinen Nachfolger vor

1983



8. Juli
Kreisky trifft PLO-Führer Yassir Arafat in Wien

Bruno Kreisky stirbt im Alter von 79 Jahren in Wien

1986



1990

BILDUNG

Mehr vom Besten: Neue Mittelschule wird ausgeweitet

Die SPÖ hat es lange gefordert, jetzt hat die ÖVP ihren Widerstand gegen die Ausweitung der Neuen Mittelschule endlich aufgegeben. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur gemeinsamen Schule getan.

Fotolia



Die von Bildungsministerin Claudia Schmied initiierte Neue Mittelschule bietet beste und faire Voraussetzungen für den weiteren Bildungsweg aller Kinder und wird jetzt weiter ausgebaut.

Bereits Ende des letzten Jahres hatte Bundeskanzler Werner Faymann betont, dass 2011 ganz im Zeichen der Bildung stehen wird. Zum einen wird heuer der bereits im Vorjahr begonnene Ausbau der Ganztagschulen entschlossen fortgesetzt. Und zum anderen ist es nach dem überfälligen Schwenk der ÖVP in Sachen Neue Mittelschule (NMS) endlich möglich, dieses Erfolgsmodell auszuweiten (siehe Info-Box). Die ÖVP hat sich ja bekanntlich in ihrem neuen Bildungskonzept dazu durchgerungen, ihre Blockadehaltung bei der Neuen Mittelschule aufzugeben. Die ÖVP-Zustimmung zum Fall der 10-Prozent-Grenze (bisher durften maximal zehn Prozent der Klassen bundesweit als NMS geführt werden) ist auch deshalb so erfreulich, weil nunmehr allen Schulstandorten – Hauptschulen und Gymnasien – der Weg zur Neuen Mittelschule offen steht.

Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule

Bundeskanzler Werner Faymann ist erfreut, dass der Koalitionspartner Reformbereitschaft für den Ausbau der Neuen Mittelschule, die ein wichtiger Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule ist, signalisiert.

„Es freut mich, dass wir ein Stück des Weges gemeinsam gehen. Je mehr Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, die Neue Mittelschule zu besuchen, desto besser für die Zukunft unseres Landes“, so Faymann. Der Bundeskanzler bekräftigte auch, dass der Weg zur gemeinsamen Schule geebnet sei. Jetzt geht es darum, die nötigen Mittel für den Ausbau der Neuen Mittelschule bereitzustellen und die Bildungsreform mit voller Kraft voranzutreiben.

Keine zusätzlichen Hürden

Bildungsministerin Claudia Schmied wertete das Bekenntnis zur Neuen Mittelschule sowie die Konzentration auf Grundkompetenzen und Sprachförderung im ÖVP-Bildungspapier als „Schritt in die absolut richtige Richtung“. Schmied stellte allerdings mit Blick auf das Festhalten der ÖVP an den Gymnasien fest, dass es „den großen Wurf nicht gibt“. Klar ist: Die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen bleibt weiterhin das Ziel der SPÖ. Kritisch zu sehen ist auch die von der ÖVP geforderte „Mittlere Reife“. Unter diesem Titel will die ÖVP eine neue Prüfung, die im Alter von 14 Jahren in Neuen Mittelschulen und Gymnasien über den Aufstieg in die

„Je mehr Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, die Neue Mittelschule zu besuchen, desto besser.“

Bundeskanzler Werner Faymann

AHS-Oberstufe entscheiden soll. Ministerin Schmied lehnt mit Verweis auf die Einführung der Bildungsstandards „zusätzliche Hürden“ ab.

Alles in allem aber ist es positiv zu sehen, dass sich die ÖVP in Sachen Bildung bewegt hat. So begrüßte SPÖ-Klubobmann Josef Cap, dass die „ÖVP auf einen gemeinsamen Weg eingelenkt“ habe. Und SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer bekräftigte, dass mit dem Ausbau der Neuen Mittelschule ein „wichtiger erster Schritt auf dem Weg zu einem modernen Schulsystem gesetzt“ werde. Rückenwind für die Forderungen der SPÖ im Bildungsbereich gibt es auch durch das Bildungsvolksbegehren des Industriellen und ehemaligen Vizekanzlers Hannes Androsch. Dessen konkrete Ausarbeitung hat vor kurzem mit einem großen „Vernetzungstreffen“ potentieller Unterstützer begonnen. ♦

INFO

Fakten zum Erfolgsmodell Neue Mittelschule

Die Neue Mittelschule – ein wichtiger Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule – wurde von Bildungsministerin Claudia Schmied im Jahr 2008 initiiert.

Im Zentrum steht das individuelle Fördern der Schülerinnen und Schüler. 2008 startete die Neue Mittelschule (NMS) an 67 Standorten mit rund 3.700 Schülern. Mittlerweile gibt es bereits 320 NMS-Standorte mit ca. 35.000 Schülern. Nach dem überfälligen Bekenntnis der ÖVP zur Neuen Mittelschule kann dieses Erfolgsmodell jetzt österreichweit ausgebaut werden.

FREIWILLIGES SOZIALES JAHR

Die Vorteile liegen auf der Hand

Das Freiwillige Soziale Jahr ist eine gute Alternative zum derzeitigen Zivildienst: Freiwillige, motivierte Mitarbeiter, die fair entlohnt werden. Und das bei nur minimal steigenden Kosten.

„Die Vorteile des Sozialen Jahres liegen auf der Hand. Es gibt keine Pflichtdiensttuenden mehr, sondern freiwillige, motivierte Mitarbeiter.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Die wichtigsten Eckpunkte des Freiwilligen Sozialen Jahres sind die höhere Entlohnung, die sich am kollektivvertraglichen Mindestgehalt im Sozialbereich von 1.300 Euro orientieren wird und die Beschränkung der derzeit von Zivildienstleistenden ausgeübten Tätigkeiten auf die Kernbereiche Soziales und Gesundheit. „Die Vorteile des Sozialen Jahres liegen auf der Hand. Es gibt keine Pflichtdiensttuenden mehr, sondern freiwillige, motivierte Mitarbeiter“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Die monatlichen Vollkosten für ein kollektivvertraglich entlohntes Arbeitsverhältnis im Sozialbereich würden pro Person ca. 2.000 Euro betragen (kollektivvertraglicher Mindestlohn von 1.300 Euro brutto inkl.

Sonderzahlungen und Sozialversicherung). Für einen Jahresdurchschnittsbestand von 8.500 Beschäftigten (90 Prozent des Gesamtbestands an Zivildienern) würde dies Kosten von etwa 200 Millionen Euro ergeben.

Mehr Arbeitsproduktivität bei besserer Bezahlung

Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass von den Organisationen selbst ausgesuchte, nicht pflichtdienstleistende, besser bezahlte, vollversicherte und ein volles Jahr durchgängig Beschäftigte in einem alternativen Sozialen Jahr die Arbeitsproduktivität gegenüber Zivildienstleistenden um etwa ein Viertel erhöhen können. Demnach könnten rund 6.400 Beschäftigte in einem sozialen Jahr die Tätigkeiten dieser 8.500 Zivildienstleistenden im Sozial- und Gesundheitswesen abdecken. In der Folge ergäben sich Gesamtkosten für ein solches Freiwilliges Soziales Jahr von rund 140 Millionen Euro. „In Summe würden damit die Kosten für ein derart ge-



Dimko

Das Soziale Jahr würde wesentliche Vorteile bringen: Fair entlohnte und von den Trägerorganisationen selbst ausgesuchte Frauen und Männer arbeiten effizienter als verpflichtete Zivildienner.

staltetes reformiertes soziales Jahr kaum über jenen des Zivildienstes liegen“, betonte der Sozialminister. ♦

LANDESVERTEIDIGUNG

Freiwilligenheer als gangbare Alternative zur Wehrpflicht

Innerhalb der SPÖ wird ein Freiwilligenheer als Alternative zum derzeitigen System und der allgemeinen Wehrpflicht gesehen. Mehrkosten wird es dabei nicht geben.

Es geht darum, die Aufgaben des Bundesheeres zeitgemäß zu bewältigen“, bringt Bundeskanzler Werner Faymann das Ziel der derzeit laufenden Diskussion über ein Ende der Wehrpflicht auf den Punkt. Schon kommende Woche

will Verteidigungsminister Norbert Darabos sieben Alternativmodelle präsentieren, die von seinen Experten erarbeitet und durchgerechnet wurden. Innerhalb der SPÖ zeichnet sich schon ein Favorit ab: ein Freiwilligenheer. „Aus Sicht der SPÖ ist ein Freiwilligenheer ein gangbare Alternative“, so Darabos. Mehrkosten durch einen Systemwechsel schließt der Minister aus. Auch in Zukunft sollen 10.000 Soldatinnen und Soldaten für den Katastrophenschutz und 1.000 Personen für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen. Auch dem verfassungsmäßig festgelegten Auftrag der Landesverteidigung wird selbstverständlich nachgekommen. So-

wohl Bundeskanzler Faymann als auch Verteidigungsminister Darabos sind für eine Einbindung der Bevölkerung bei einer derart wichtigen Entscheidung. „Es gilt hier eine zentrale politische Frage zu beantworten“, so Darabos, der in der Einbeziehung der Bevölkerung einen „Akt starker Demokratisierung“ sieht. „Wenn wir bei der Entscheidung so weit sind, sie treffen zu können, schreke ich auch vor einer Volksbefragung nicht zurück“, betonte Bundeskanzler Faymann. Nach der Präsentation der Modelle durch Minister Darabos sollen Verhandlung mit der ÖVP geführt werden. Ziel ist ein möglichst breiter Konsens. ♦



Bundesheer

Die SPÖ sieht in einem Freiwilligenheer eine geeignete Möglichkeit, die Aufgaben des Bundesheeres zeitgemäß zu bewältigen.

JUSTIZ

Neue Vorwürfe gegen Grassner

Die Behörden erheben neue, massive Vorwürfe gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grassner. Das ergaben Recherchen des Wochenmagazins „Der Falter“. Demnach soll Grassner möglicherweise „dem Inland zurechenbare Einkünfte aus ausländischen Gesellschaften bezogen“, diese aber „nicht versteuert“ haben.

Einmal mehr gerät Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grassner in Verdacht, Geld nicht supersauber und supertransparent veranlagt zu haben. Konkret soll Grassner, dem Falter zufolge, rund drei Millionen Euro aus Einkünften bei Meinl in liechtensteinische Stiftungen geparkt haben. Steuerfrei. Aktuell ermittelt die Finanz im Zuge eines Finanzstrafverfahrens unter Oberhoheit der Justiz. Es gilt selbstverständlich die Unschuldsvermutung.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert eine lückenlose Aufklärung und stellte eine parlamentarische Anfrage zu diesem möglichen Finanzdelikt an Justizministerin Bandion-Ortner. „Die kritische Öffentlichkeit und die ehrlichen Steuerzahler haben ein Recht zu erfahren, ob Grassner tatsächlich ähnlich wie

Meischberger und Co ein Finanzdelikt begangen haben könnte“, so der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. Falls die Vorwürfe sich bewahrheiten, müsste Justizministerin Bandion-Ortner umgehend die Staatsanwaltschaft anweisen, die Erhebungen auf die Herkunft des Geldes auszuweiten. Zusammenhänge mit dem Buwog-Skandal können nicht ausgeschlossen werden. Für Kräuter ist jedenfalls unverständlich, warum Bandion-Ortner im Fall Grassner noch immer zuerst defensiv und zögerlich agiert. Das Tempo der Ermittlungen im Zuge des Buwog-Skandals durch die Justiz lasse generell mehr als zu wünschen übrig, daher müsse einmal mehr über das Parlament Druck gemacht werden, so der Nationalratsabgeordnete Kräuter. ◆



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter will eine lückenlose Aufklärung über Grassners Stiftungen in Liechtenstein.

VERKEHR

Westring wird in Etappen gebaut

Bund, Land Oberösterreich und die Stadt Linz sind gemeinsam zu einer guten Verkehrslösung für Linz gekommen.

Die Beteiligten haben sich darauf geeinigt, dass der Westring etappenweise gebaut wird. Möglich macht das eine gemeinsame Finanzierung von Bund, Stadt und Land. Verkehrsministerin Doris Bures ist froh über die Einigung: „Eine gute Verkehrslösung und eine solide Finanzierung – das ist ein gutes Ergebnis.“ Gebaut wird in Etappen: zuerst die Donaubrücke, dann der Tunnel bis zur Kudlichstraße. Die A26 Nord wird gestrichen. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation war es notwendig, gemeinsam Alternativen zu entwickeln und die Kosten zu reduzieren. „Durch diese Lösung werden die Kosten für den Westring um ein Drittel reduziert“, so Bures. ◆



Bilderbox

Durch die neue Lösung und die Mitfinanzierung von Stadt und Land reduzieren sich die Ausgaben des Bundes für den Westring um 170 Mio. Euro.

GESUNDHEIT

Ärzte müssen für Fehler haften

Die ÖVP will Ärzte, die bei pränatalen Untersuchungen falsche oder fehlende Informationen geben, aus der Haftung entlassen. Dem erteilt die SPÖ eine klare Absage.



Für Frauenministerin Heinisch-Hosek steht fest, dass Gynäkologen wie alle anderen Ärzte für Fehler geradestehen müssen.

Justizministerin Bandion-Ortner will die Haftungspflicht für Ärztinnen und Ärzte im Fall einer nicht-diagnostizierten Behinderung eines Ungeborenen aufheben. Dies würde eine deutliche Verschlechterung für werdende Eltern bringen. Daher wird der ÖVP-Vorschlag von sämtlichen namhaften Experten sowie der Bioethikkommission abgelehnt. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek erklärt dazu: „Das geltende

Gesetz sagt, wenn ein Arzt einen Fehler bei der Diagnose vor der Geburt macht oder der Schwangeren Informationen vorenthält, dann ist er für den Mehraufwand, den ein behindertes Kind verursacht, haftbar. Das soll auch so bleiben.“ Auch Ulrike Königsberger-Ludwig, SPÖ-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung, kritisiert den Vorschlag der ÖVP: „Wenn es zu Fehlern bei der Pränataldiagnostik kommt, muss auch ein Schadenersatz geltend gemacht werden können. Dies hat nichts mit Diskriminierung von Menschen mit Behinderung zu tun, sondern mit dem Anspruchsrecht auf ärztliche Sorgfaltspflicht.“ ◆

WIEN

55 Millionen Euro für Schulsanierungen



2011 wird in Wien weiter mit Hochdruck an der Sanierung von Pflichtschulen gearbeitet. Insgesamt soll heuer mit der Erneuerung von 121 Schulstandorten begonnen werden.

Die Sanierungsarbeiten an den Wiener Pflichtschulen werden 2011 „zügig vorangetrieben und dabei wird die Rekordsumme von 55 Millionen Euro investiert“, betont der zuständige Stadtrat Christian Oxonitsch. Konkret werden unter anderem an 30 Schulen die Dächer erneuert, 33 Fassaden saniert, an 30 Standorten neue Fenster eingebaut, an 20 Schulen die WC-Anlagen und die Turnsaalbereiche saniert sowie an 53 Schulen die brandschutztechnischen Sicherheitsmaßnahmen verbessert. Weiters werden Elektroanlagen, Heizungsanlagen und Wasserleitungsanlagen generalüberholt.



Im Rahmen des Schulsanierungspakets werden bis 2017 rund 570 Millionen Euro für substanzerhaltende Maßnahmen an Wiener Pflichtschulen ausgegeben.

Da die Schulen im Vollbetrieb sind, werden sie schwerpunktmäßig in den

Bilderbox

Sommerferien saniert, in Ausnahmefällen wird auch während des Jahres gearbeitet.

242 Schulsanierungen bis 2017

Auch für 2012 laufen bereits die Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten: Dann stehen weitere 49 Standorte auf dem Sanierungsprogramm. Insgesamt beinhaltet das Schulsanierungspaket, das 2007 im Wiener Gemeinderat beschlossen wurde, substanzerhaltende Maßnahmen an 242 allgemein bildenden Pflichtschulen. Bis 2017 werden dafür rund 570 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die Stadt Wien unterstützt die Bezirke mit einer Sonderförderung von 40 Prozent. Alle Wiener Bezirke haben bereits Grundsatzbeschlüsse zur Annahme des Angebotes der Stadt Wien gefasst. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Rascher Ausbau der Neuen Mittelschule



Nachdem die ÖVP der Aufhebung der 10-Prozent-Grenze zugestimmt hat, tritt LHStv. Sepp Leitner dafür ein, das Erfolgsmodell Neue Mittelschule in Niederösterreich so rasch wie möglich flächendeckend auszubauen.



LHStv. Sepp Leitner will den Ausbau der Neuen Mittelschule in Niederösterreich vorantreiben. Derzeit gibt es dort 50 NMS-Standorte.

Dutzende Neuansträge für die Teilnahme am Schulversuch Neue Mittelschule (NMS) konnten für das laufende Schuljahr in Niederösterreich nicht bewilligt werden. Das 10-Prozent-Limit für die Neue Mittelschule war mit 320 Standorten österreichweit ausgeschöpft. „Dies soll sich im kommenden Schuljahr nicht wiederholen“, betont Leitner. Nachdem die 10-Prozent-Klausel nun aufgehoben wird, tritt der Landeshauptmannstellvertreter für einen raschen Ausbau der Neuen Mittelschule in Nieder-

österreich ein. „Dafür gilt es, rechtzeitig die Weichen zu stellen und gemeinsam zwischen Bund und Land die Voraussetzungen, wie finanzielle und personelle Ressourcen, zu schaffen“, unterstreicht Leitner. ♦

KÄRNTEN

LHStv. Kaiser für Proporz-Abschaffung



Eines der Ziele für das neue Jahr besteht für LHStv. Peter Kaiser darin, die Oppositionsrechte zu stärken und die Proporz-Regelung aufzuheben.

„Kärnten bewegen – Kärnten ändern!“ So lautet das Motto, unter das die SPÖ Kärnten ihre politische Arbeit im neuen Jahr stellt. „Für uns heißt das unter anderem, ein Demokratiepaket zu schnüren, mit dem die Oppositionsrechte im Landtag gestärkt werden“, erläuterte SPÖ-Landespartei-vorsitzender LHStv. Peter Kaiser beim Neujahrsempfang des Renner Instituts. Ein Ziel für 2011 ist es, die Kontrollfunktion der Opposition auszubauen und in der Verfassung zu verankern. Gleichzeitig wäre die SPÖ Kärnten „nach erfolgreichen Parteiengesprächen“ dazu bereit, den Proporz in Kärnten abzuschaffen, der laut Kaiser „ohnehin nur mehr am Papier“ besteht. ♦



Die SPÖ Kärnten unter Vorsitz von LHStv. Peter Kaiser tritt unter dem Motto „Kärnten bewegen – Kärnten ändern!“ für die Abschaffung des Proporz ein.

TIROL

SPÖ fordert Umsetzung der Schihelmpflicht



Vor fast zwei Jahren wurde in Tirol die Einführung einer Schihelmpflicht für unter 15-Jährige vereinbart. Passiert ist seitdem nichts, kritisieren

Klaus Gasteiger und Gabi Schiessling von der SPÖ Tirol.

„Wo ist die Schihelmpflicht bis 15 in Tirol?“ Das fragen sich SP-Sport- und Sicherheitssprecher Klaus Gasteiger und SP-Gesundheitssprecherin und Landtagsvizepräsidentin Gabi Schiessling seit Monaten. „Der Landeshauptmann ist seit fast zwei Jahren säumig. Das kommt einer Brückierung des Landtags und seiner Beschlüsse gleich“, kritisieren die beiden SPÖ-Politiker. Bereits im Jänner 2009 hatte Gasteiger gemeinsam mit der ÖVP einen Antrag eingebracht, der unter anderem einen Vorschlag zur Aufnahme der Helmpflicht in die FIS-Pistenregeln sowie

besonders die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs zur Helmpflicht beinhaltete. Der Antrag wurde am 26. März 2009 vom Landtag einstimmig beschlossen. „Seit damals ist in Tirol nichts passiert“, ärgert sich Gasteiger. „Sieben andere Bundesländer haben schon im Jänner 2010 eine 15a B-VG-Vereinbarung über die Helmpflicht beim Wintersport beschlossen und umgesetzt. Nur der ‚Wilde Westen‘ wehrt sich gegen diese sinnvolle Maßnahme“, so der Sport- und Sicherheitssprecher.

Verletzungsgrad bei Unfällen gestiegen

Die Zahl der Ski- und Snowboardunfälle blieb 2009 mit rund 58.000 weitgehend konstant, jedoch ist der Verletzungsgrad massiv gestiegen. „Welchen Nutzen die Helmpflicht und damit die Reduzierung von Kosten für die Gesundheitsbudgets



Bilderbox

Rund 58.000 Unfälle gab es auf Österreichs Pisten im Jahr 2009. Um zumindest den Grad an Verletzungen zu verringern, fordert die SPÖ Tirol die Umsetzung der Schihelmpflicht.

bedeuten würde, lässt sich heute noch nicht abschätzen. Aber, dass weniger verletzte, vor allem schwer verletzte Kinder und Jugendliche etwas Positives sind, ist auch jedem klar“, so Gasteiger und Schiessling, die daher die raschest mögliche Umsetzung der Schihelmpflicht in Tirol fordern. ♦

BURGENLAND

Flächendeckende Palliativversorgung gesichert



Die burgenländische Landesregierung stellt im neuen Jahr rund 350.000 Euro für die Hospiz- und Palliativversorgung zur Verfügung.

Vier mobile Teams sind derzeit im Burgenland unterwegs, um eine Palliativversorgung in allen Regionen zu gewährleisten. Diese vier Teams haben im Jahre 2010 mehr als 300 Patientinnen und Patienten betreut. Die Hospiz- und Palliativbetreuung ist für die Patienten kostenlos. Um diese flächendeckende Versorgung auch in Zukunft zu sichern, hat die burgenländische Regierung einen Förderbeitrag in Höhe von 352.000 Euro bewilligt. „Seit der Installierung der mobilen Teams im Jahre 2005 ist ein kontinuierliches Ansteigen des Bedarfs festzustellen, was sich in Zukunft noch weiter fort-

setzen wird“, erläutert Soziallandesrat Peter Rezar. Ziel sei es daher, „das Angebot regional so zu verteilen, dass alle Burgenländerinnen und Burgenländer, die Palliativ- oder Hospizbetreuung benötigen, diese auch in hoher Qualität bekommen sollen“, betont Rezar. ♦



Der Bedarf an mobilen Palliativdiensten nimmt im Burgenland laut Soziallandesrat Peter Rezar kontinuierlich zu.

STEIERMARK

Großes Engagement bei Freiwilligen Feuerwehren



In den letzten zehn Jahren wurden von den rund 50.000 steirischen Feuerwehrleuten in 500.000 Einsätzen rund 56 Millionen freiwillige Einsatzstunden geleistet.



Die steirischen Feuerwehren haben im vergangenen Jahr 1.144 Menschen und 3.659 Tiere gerettet.

Allein im vergangenen Jahr haben die Freiwilligen Feuerwehren in der Steiermark Leistungen in der Höhe von 130 Millionen Euro erbracht. Bei insgesamt 41.334 Einsätzen konnten 1.144 Menschen und 3.659 Tiere gerettet werden. Landeshauptmann Franz Voves lobt die hohe Einsatzbereitschaft der steirischen Feuerwehrleute und will das EU-Jahr der Ehrenamtlichkeit dazu nutzen, sich bei den vielen Freiwilligen zu bedanken. „Ganze Bereiche unserer Gesellschaft würden ohne diese freiwilligen Leistungen nicht funktionieren. Die Ehrenamtlichen sind der Kitt unserer Gesellschaft. Ich freue mich, dass es speziell in der Steiermark so ein reges Leben in diesem Bereich gibt und wir wollen von Landesseite her alles tun, dass dies auch in Zukunft so bleibt.“ ♦

Bilderbox

Termine im Kreisky-Jahr

16. 1. – 18. 9.

Ausstellung

Anlässlich des 100. Geburtstages von Bruno Kreisky wird im Karikaturmuseum Krems eine Ausstellung unter dem Titel „Der wahre Kreisky“ präsentiert. Der Karikaturist IRONIMUS alias Gustav Peichl präsentiert eine Auswahl von über 50 Karikaturen von Bruno Kreisky. Die Schau trägt den vielfältigen Facetten des innen- und außenpolitischen Wirkens des Politikers ebenso Rechnung wie seiner Person und bietet einen umfassenden Einblick in die Ära Bruno Kreisky. Mehr Informationen: www.karikaturmuseum.at

Karikaturmuseum Krems

Steiner Landstraße 3a,
3500 Krems/Donau

23. 1. – 29. 7.

Ausstellung

Anlässlich von Bruno Kreiskys 100. Geburtstag präsentiert das MAK 49 Porträtfotografien des legendären Politikers. Die Aufnahmen des Fotografen Konrad Rufus Müller aus den Jahren 1980 bis 1989 dokumentieren Kreiskys diplomatische Auslandsmissionen ebenso wie seinen Urlaub auf Mallorca aus nächster Nähe. Mehr als ein lückenloser Report sind sie Zeugnis einer freundschaftlichen Verbundenheit. Dem „Kanzlerfotografen“ Konrad Rufus Müller gelang es, intime Momente einer Persönlichkeit festzuhalten. Eröffnung: Samstag, 22. 1., 11 Uhr, mit Bundespräsident Heinz Fischer.

MAK-Kunstblättersaal,

Stubenring 5,
1010 Wien

Dienstag, 18. 1.

Filmpremiere

Der Film „Bruno Kreisky. Politik und Leidenschaft“ von Helene Maimann zeigt Kreisky in fünf Stationen seines Lebens, in denen er Richtungen vorgegeben und Entscheidungen gefällt hat. In Anwesenheit der Filmemacherin werden der Film und ihr Buch zum Film „Über Kreisky. Gespräche aus Distanz und Nähe“ im Gartenbaukino Wien vorgestellt. Der Film wird am Donnerstag, den 20. Jänner, im Hauptabendprogramm des ORF 2 ausgestrahlt.

Beginn: 19.30 Uhr

Gartenbaukino, Parkring 12, 1010 Wien

Donnerstag, 20. 1.

Theater

Das Schauspielhaus Wien setzt sich in der Theaterserie „Kreisky – wer sonst?“ in zehn Folgen mit dem Wirken Bruno Kreiskys auseinander. Von 20. bis 22. Jänner wird im Nachbarhaus die dritte Folge „Ein echter Österreicher“ aufgeführt. Die weiteren Folgen der Serie werden je im Dreierpack im Februar und März 2011 aufgeführt.

Beginn: 20.30 Uhr

Schauspielhaus Wien,

Porzellangasse 19, 1090 Wien

Freitag, 21. 1.

Festakt

Die Republik Österreich feiert am 21. Jänner den 100. Geburtstag des langjährigen Bundeskanzlers Bruno Kreisky. Im Redoutensaal der Wiener Hofburg werden unter anderen

Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann und der ehemalige spanische Ministerpräsident Felipe Gonzáles des legendären Staatsmannes Kreisky gedenken.

Beginn: 18.30 Uhr

Redoutensaal in der Wiener Hofburg

Heldenplatz, 1010 Wien

Dienstag, 25. 1.

Podiumsdiskussion

„Kreisky einst und jetzt“ ist das Motto einer Diskussion, die vom Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog in Zusammenarbeit mit den Wiener Vorlesungen veranstaltet wird. Es diskutieren Peter Jankowitsch, ehemaliger Außenminister und enger Mitarbeiter Kreiskys, Eva Nowotny, Diplomatin und ehemalige außenpolitische Beraterin der Bundeskanzler Fred Sinowatz und Franz Vranitzky sowie Oliver Rathkolb, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Beginn: 19 Uhr

Festsaal im Wiener Rathaus

Lichtenfelsgasse 2, 1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: picturedesk, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97, Hersteller: LeykamDruck, W. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at, Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.kreisky100.at

Jubiläums-Seite zum 100. Geburtstag von Bruno Kreisky

Am 22. Jänner 2011 jährt sich der Geburtstag der wohl prägendsten politischen Persönlichkeit der Zweiten Republik zum 100. Mal: Bruno Kreisky. Sein politisches Wirken als SPÖ-Parteivorsitzender, Außenminister und Bundeskanzler hat Österreich nachhaltig verändert, modernisiert, gerechter und weltoffener gemacht. Die jetzt

von der SPÖ vorgestellte Jubiläums-Homepage www.kreisky100.at liefert einen umfassenden Überblick sowohl über das reichhaltige und vielseitige Leben und Wirken des Staatsmannes Bruno Kreisky, als auch über die zahlreichen Veranstaltungen, die im Jubiläumsjahr 2011 stattfinden werden. ♦



Karikatur

Der wahre Kreisky

„Eine Biografie in Anekdoten und Karikaturen“ legen der Journalist Hans Werner Scheidl und Karikaturist IRONIMUS zum 100. Geburtstag von Bruno Kreisky vor.

Erinnerungen, Beobachtungen und Anekdoten über den bedeutendsten Politiker der Siebzigerjahre: Hans Werner Scheidl hat 80 Zeitzeugen und Weggefährten des legendären Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden interviewt und auch seine eigenen Erfahrungen und Begegnungen mit Kreisky einfließen lassen. Das Ergebnis ist ein heiteres Kaleidoskop mit teils überraschenden neuen Einsichten. IRONIMUS alias Gustav Peichl schuf während der 13

Jahre dauernden Kanzlerschaft Kreiskys an die 380 Kreisky-Karikaturen für „Die Presse“, die „Wochenpresse“ und den „Express“. Und das mit Präzision und jenem Schuss Humor, den auch der alte Kreisky stets geliebt hat. „Je älter ich werd', umso ähnlicher werd' ich meinen Karikaturen“, brummte der Kanzler einst zustimmend. Ein „Best of“ der Zeichnungen macht dieses Buch zu einer unvergleichlichen Biografie in Anekdoten und Karikaturen. ♦

☐ Stk.



W. Scheidl/IRONIMUS:
Der wahre Kreisky.
Amalthea, Wien 2010;
288 S., 19,95 €

Bildband

Das Bruno Kreisky Album

Kreisky in Bildern: der Journalist Andreas Pittler wirft einen abwechslungsreichen Blick auf den Privat- und Staatsmann Kreisky, der wie kein anderer Österreich geprägt hat.

Kein Politiker hat die Geschichte der Zweiten Republik so geprägt wie Bruno Kreisky. Keiner stand so lange einer Partei vor, keiner war länger Bundeskanzler. Keiner erzielte jemals ein besseres Wahlergebnis auf Bundesebene. Keiner reformierte Österreich so umfassend und nachhaltig. Die Liste der Superlative, die sich zu Bruno Kreisky finden lässt, ist lang. Denn Bruno Kreisky war in den 1970er Jahren nicht nur Österreichs „Sonnenkönig“, seine

Stimme hatte auch international Gewicht. Der 100. Geburtstag Kreiskys bietet Andreas Pittler einen willkommenen Anlass, sich seiner Person und seiner Taten zu erinnern, aber auch Blick auf den Privatmann Kreisky zu werfen. Dieses Album mit großteils bisher unveröffentlichten Fotografien aus Privatbesitz zeichnet Bruno Kreiskys Weg vom Sohn einer großbürgerlichen Familie über die bitteren Jahre in Gefängnissen und im Exil bis hin zur „Ära Kreisky“ nach. ♦

☐ Stk.



Andreas Pittler:
Das Bruno Kreisky Album.
Edition Winkler-Hermaden,
Schleinbach 2010;
112 S., 19,90 €

Zeitgeschichte

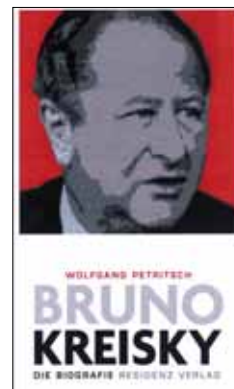
Bruno Kreisky – die Biografie

Der Autor Wolfgang Petritsch – jahrelanger Vertrauter Bruno Kreiskys – legt eine umfassende Biografie des größten österreichischen Staatsmannes vor.

Kreativität, Gestaltungswille und der für ihn so typische grantelnde Humor: Kreiskys widerspruchsvolle Persönlichkeit spiegelte sein außergewöhnliches Leben wider. Der weltoffene Intellektuelle prägte den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg Österreichs. Wolfgang Petritsch hat sich jahrelang mit dem Phänomen Kreisky auseinandergesetzt. Als enger Mitarbeiter konnte er ungewöhnliche Einblicke in das Denken und Handeln des Portraitierten

gewinnen. Er führte zahllose Interviews und Gespräche mit Weggefährten, mit Zeitzeugen und seinen Freunden. Daraus ist ein spannendes biografisches Mosaik entstanden, das Bruno Kreisky bislang unbekannte Facetten abgewinnt. So werden beispielsweise die Beziehungen zu Simon Wiesenthal und Hannes Androsch detailreich beschrieben. Eine umfassende Biografie zum hundertsten Geburtstag des legendären Politikers. ♦

☐ Stk.



Wolfgang Petritsch:
Bruno Kreisky – Die Biografie.
Residenzverlag, St. Pölten
2010; 420 S., 26,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!





Einen weihnachtlichen Besuch ...

...stattete Bundeskanzler Werner Faymann den Mitarbeitern der Polizeidienststelle auf der Brandstätte in der Wiener Innenstadt ab. Er bedankte sich für ihre „Bereitschaft, auch zu Weihnachten für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen“ und wünschte frohe Weihnachten.

Beim Neujahrsempfang ...

... des Verbandes sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich referierte Bildungsministerin Claudia Schmied über ein aktuelles Thema – die Nachhaltigkeit sozialdemokratischer Bildungspolitik. LH-Stv. Sepp Leitner und der Präsident des Verbands LAbg. Bgm. Rupert Dworak überreichten ihr einen Blumenstrauß.



Den Sternsängern ...

... dankte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter mit einer Spende für ihren großartigen Einsatz. Die Pappfiguren, die die Kinder halten, stehen für die „Familie Pfaderer“ – ein Projekt zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit.

Im Rahmen der Dreikönigsaktion ...

... besuchten die Sternsänger auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, am Bild mit der Bundesvorsitzenden der Katholischen Jungschar Christina Schneider. Die Präsidentin dankte den Sternsängern für ihr Engagement, wünschte ein gutes neues Jahr und viele „offene Türen“ für ihre Spendenaktion.

